

# Staat

## Nationale Symbole

Das Staatseblem Pakistans wurde 1954angenommen. Die grüne Farbe des Emblems sowie der Sichelmond und der Stern symbolisieren den Islam. Im Zentrum ist ein Wappen mit vier Feldern zu sehen, in dem jeweils eines der wichtigen Agrarprodukte Pakistans abgebildet ist: Baumwolle, Jute, Tee und Weizen. Die Blütenranke um das Wappen herum stellt Jasmin, das nationale Blumensymbol, dar und repräsentiert das kulturelle Erbe der Moghulen. Das Band darunter beinhaltet den nationalen Spruch, der vom Staatsgründer Jinnah formuliert wurde «Faith, Unity, Discipline».

Die Landesflagge, die auf dieser Seite weht, besteht aus einem großen grünen und einem kleinen weißen Feld. Grün ist die Farbe des Islam, weiß repräsentiert die nichtislamischen Minderheiten. Halbmond und Stern verstärken die islamische Symbolik.

Den Text der Nationalhymne können Sie hier auf Urdu und Englisch lesen und auch hören.

Der Markhor, die Schraubenziege, ist Pakistans Nationaltier. Seit 2015 stuft die International Union for the Conservation of Nature (IUCN) den Markhor auf der Roten Liste nicht mehr als stark gefährdet, sondern als potentiell gefährdet ein, da die Population wieder zunimmt.

Von Ausländern wird selbstverständlich erwartet, dass sie den nationalen Symbolen des Landes Respekt erweisen.

## Staatsform

## **Eine demokratische Staatsform**

Die Verfassung Pakistans sieht eine repräsentative parlamentarische Demokratie vor. Der Staatspräsident hat eine dem deutschen Bundespräsidenten vergleichbare Funktion, auch wenn die Präsidenten immer wieder versuchten, ihre Macht durch Verfassungsänderungen («constitutional amendments») zu erweitern. Laut Verfassung wird dieser von einem Wahlgremium – bestehend aus den beiden Bundesparlamenten und den Regionalparlamenten der vier Provinzen – auf fünf Jahre gewählt. Das Parlament hat zwei Kammern: Senat (Oberhaus) und Nationalversammlung (Unterhaus), die «National Assembly».

Die Nationalversammlung (NV) umfasst insgesamt 342 Abgeordnete, wovon 272 für fünf Jahre nach Mehrheitswahlrecht direkt vom Volk gewählt werden. Alle Staatsbürger ab 18 Jahren sind wahlberechtigt. Es sind 60 Parlamentssitze für Frauen und zehn weitere für Vertreter religiöser Minderheiten reserviert. Seit 2012 hat der Senat 104 Abgeordnete, die von den Parlamenten der vier Provinzen sowie der Stammesgebiete, die der Bundesverwaltung unterstehen, gewählt werden.

## **Ein föderatives System**

Der Staat ist föderativ konstituiert: Er besteht aus den vier Provinzen Punjab, Sindh, die zuletzt zu Khyber Pakhtunkhwa (KPK) umbenannte Provinz (die früher durch die Briten als „North West Frontier Province“ bezeichnet wurde) und Balochistan, die je einen Gouverneur haben und von einer Landesregierung unter dem «Chief Minister» (Ministerpräsident) und einem Landesparlament (Provincial Assembly) regiert werden. Daneben gibt es eine Reihe von Sonderterritorien, die der Bundesverwaltung unterstehen, wie die Northern Areas (NAs), Azad Jammu and Kashmir (AJK), das Capital Territory Islamabad und die Federally Administered Tribal Areas (FATA), im Deutschen bekannt als die Stammesgebiete entlang der afghanischen Grenze.

# Lokale Governance – ein Politikum

Nach dem Machtwechsel von einer militärischen zu einer zivilen Regierung in 2008 führte die neue Regierung die bisherige alte koloniale Lokalverwaltung wieder ein. Seitdem wurden keine lokalen Regierungswahlen durchgeführt. Die letzten «local government elections» wurden 2005 unter Musharraf, der ein kontroverses und hoch kompliziertes lokales Regierungssystem eingeführt hatte, durchgeführt.

Seit dem Übergang zur zivilen Regierung in 2008 wird kontrovers über ein neues lokales Regierungssystem für Pakistan diskutiert, welches eine effiziente und faire Ressourcenverteilung sowie ein politisches Mitspracherecht und die Entscheidungskompetenz auf den jeweiligen Ebenen regelt. Aufgrund der kollidierenden politischen Interessen auf verschiedenen Ebenen ist es bisher nicht gelungen, einen alternativen für alle akzeptablen Lösungsvorschlag zu finden. Democracy Reporting International sieht dies als eine große Hürde im Demokratisierungsprozess in Pakistan.

## Die Verfassung

Die erste pakistanische Verfassung trat erst neun Jahre (1956) nach der Gründung Pakistans in Kraft was die Unentschlossenheit und Instabilität der zivilen Kräfte widerspiegelt. Allerdings wird heute auf die 73er Verfassung, die unter Zulfikar Ali Bhutto als Kompromiss in einem Konsens verabschiedet wurde, verwiesen. Diese regelt insbesondere Themen wie z.B. die Rolle des Islam, die Teilung der Macht innerhalb des föderalen Systems sowie das Mächteverhältnis zwischen Präsident und Premierminister, wobei der Letztere eine stärkere Position inne hat. In dieser Verfassung wurde auch der Islam zur Staatsreligion erklärt. Die pakistanische Verfassung bringt eine schwierige Geschichte mit sich, da verschiedene Diktatoren und Präsidenten sie zu ihren Gunsten jeweils veränderten.

# Neuere Verfassungsänderungen

Zuletzt im Dezember 2010 wurde die einschlägige 18. Verfassungsänderung in einem parlamentarischen Konsens durchgebracht. Neben wichtigen Änderungen im Bereich der Menschenrechte und des föderativen Systems in Pakistan wurde u.a. das Mächteverhältnis zwischen Präsident und Premierminister zurechtgerückt.

Die darauffolgende 19. Verfassungsänderung beschließt die Ernennung der Richter in den höheren Gerichten. Die 20. Verfassungsänderung soll die Unabhängigkeit der Wahlkommission sowie die Neutralität des «caretaker governments» sicherstellen.

## Rechtssysteme

### «Common Law»

Das pakistanische Rechtssystem ist ein hybrides System, welches mehrere Rechtssysteme diversen zeitlichen oder ideologischen Ursprungs umfasst. In Pakistan gibt es formelle sowie nicht-formelle rechtliche Mechanismen der Konfliktlösung. Das formale Rechtssystem beruht größtenteils noch auf dem von den Briten eingeführten rechtlichen System („common law“). Dieses besteht aus der „superior“ sowie aus der „subordinate“ oder „lower“ Judikative, d.h. der Höheren und Lokalen. Zur höheren“ Judikative gehören der Oberste Gerichtshof, der „Supreme Court“ mit seinem Sitz in Islamabad, sowie die vier Landesgerichte, die „High Courts“ in den vier großen Provinzen. Die lokale Judikative umfasst die Amtsgerichte auf der Distriktebene, den „District Court“, den „Session Court“ sowie den „Civil Court“.

### Shariagerichte

Seit den 1980er Jahren umfasst das formale Rechtssystem auch

Aspekte des islamischen Rechts («sharia»). So hat das unter dem Militärdiktator Zia-ul-Haq eingeführte Federal Shariat Court das Recht, Gesetze(svorschläge) mit Blick auf die Vereinbarkeit mit dem islamischen Recht zu prüfen und bearbeitet in erster Linie Fälle im Bereich des Familien- und persönlichen Rechts. Allerdings ist hier anzumerken, dass dieses Gericht je nach politischer Ausrichtung der jeweiligen Regierung manchmal stärker ins Gewicht fällt und manchmal weniger. Dieses parallele rechtliche System wird von anderen Spezialgerichten auf höherer sowie auf lokaler Ebene ergänzt, wie z.B. den Militärgerichten oder den Spezial-Anti-Terror Gerichten.

## **Panchayat und Jirga**

Informelle Konfliktlösungsmechanismen umfassen die traditionellen, tribal und patriarchalisch geprägten «panchayat» (mehrheitlich in Punjab und Sindh vorzufinden) und «jirga» (mehrheitlich in Sindh, Khyber Pakhtunkhwa und Balochistan vorzufinden). Diese informellen Mechanismen üben in vielen Fällen eine komplementäre Rolle zum formalen Rechtssystem aus. Andererseits stehen sie manchmal im Widerspruch zum formalen pakistanischen Gesetz, was durchaus auch zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führen kann. Der Fall von Mukhtaran Mai hat deshalb nationale und internationale Aufmerksamkeit erregt.

## **Die neuen Repräsentanten seit August 2018**

Seit 1996 ist Imran Ahmed Khan Niazi Vorsitzender der Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI), der Pakistanischen Bewegung für Gerechtigkeit, und ging aus der Parlamentswahl in Pakistan 2018 als pakistanischer Premierminister hervor. Er war Mitglied der Nationalversammlung Pakistans von 2013 bis 2018. Vor seinem Eintritt in die Politik war Khan Kapitän der pakistanischen Cricket- Nationalmannschaft und gewann in dieser Funktion 1992 den Cricket World Cup für Pakistan.

Dieser Erfolg ließ ihn zum Nationalhelden werden. Seine in der Provinz Punjab beheimatete Familie entstammt dem paschtunischen Stamm Niazi, Unterstamm Sherman Khel, aus Mianwali. Er selbst bezeichnet seine Identität ebenfalls als paschtunisch, und bespricht diese Zugehörigkeit ausführlich in seinem Buch *Warrior Race: A Journey Through the Land of the Tribal Pathans*. Die ersten vier Jahre nach seinem Rückzug aus dem Cricket 1992 hat sich Khan fast ausschließlich sozialer Arbeit gewidmet.

Bereits 1991 gründete er den Shaukat Khanum Memorial Trust, eine Stiftung, die den Namen seiner Mutter Shaukat Khanum trägt. Als erstes Projekt seiner Stiftung baute Khan Pakistans erste und einzige Krebsklinik. Die dafür notwendigen 25 Millionen US-Dollar wurden von Khan als Spenden und Geldmittel weltweit gesammelt. Im Gedenken an seine Mutter, die an Krebs starb, öffnete das Shaukat Khanum Memorial Cancer Hospital & Research Centre am 29. Dezember 1994 in Lahore als karitative Krebsklinik, in der 75 Prozent der Behandlungen kostenlos durchgeführt werden. Khan versucht als Vorsitzender der Klinik, mithilfe von Prominenten und vielen Mitgliedern der indischen Cricket-Mannschaft Spenden für den Betrieb der Klinik einzuwerben. Im Winter 2019 soll eine neue Krebsklinik in Karachi eingeweiht werden. Während der 1990er war Khan UNICEF-Sonderbotschafter für die Unterstützung von Gesundheits- und Impfprogrammen in Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka und Thailand.

Am 4. September 2018 wurde Dr. Arif-ur Rehman Alvi zum neuen Präsidenten Pakistans gewählt. Dr. Alvi wurde 1949 in Karachi geboren und entstammt einer Familie, die nach der Trennung Pakistans von Indien 1947 in den pakistanischen Teil nach Karachi übersiedelte. Er arbeitete zunächst als Zahnarzt und gehört zu den Gründungsmitgliedern der Pakistan Tehreek-e Insaf (PTI). Von Juni 2013 bis Mai 2018 und von August bis September 2018 war er Mitglied der National Assembly of Pakistan.

## Vor den Wahlen

Shahid Khaqan Abbasi wurde am 1. August 2017 als Interims-Premierminister eingesetzt, nachdem Nawaz Sharif seines Amtes enthoben wurde. Er wurde von der Nationalversammlung gewählt und konnte sich gegen seinen Rivalen Naveed Qamar von der PPP behaupten (mit 221 gegen 47 Stimmen). Auch die Jamiat Ulema-Islam und Muttahida Qaumi Movement unterstützten seine Wahl. Abbasi war Mitglied der Nationalversammlung von 1988 bis 1999 und ist es wieder seit 2008. Er ist ein prominentes PML-N Parteimitglied und nahm seit den Wahlen im Jahr 2013 die Position des Ministers für Petroleum und Natural Resources ein. Er leitet aktuell zusätzlich das neu geschaffene Ministerium für Energie und ist somit auch der erste Energieminister des Landes. Rund zwei Monate vor den Parlamentswahlen in Pakistan hatten sich Regierung und Opposition auf einen Übergangs-Regierungschef

verständigt. Seine Amtszeit war allerdings überschaubar. Nasir ul Mulk, ein angesehener früherer Vorsitzender Richter des Obersten Gerichts, führte die Staatsgeschäfte bis zum Amtsantritt der neuen Regierung. Es ist in Pakistan üblich, dass die amtierende Regierung vor Wahlen abtritt, um deren Neutralität zu sichern. Die Amtszeit der amtierenden Regierung unter Ministerpräsident Shahid Khaqan Abbasi endete bereits am 31. Mai. Dann löste sich das Parlament auf.

Mian Muhammad Nawaz Sharif, Ex-Premierminister und Ex-Präsident der Pakistan Muslim-League (N), wurde am 28. Juli 2017 aufgrund von Korruptionsvorwürfen seines Amtes enthoben. Er ist gleichzeitig Chef des Industriekonzerns Ittefaq-Gruppe. Sharif wurde infolge der Parlamentswahlen in Pakistan am 11. Mai 2013, in der die PML-N als stärkste Partei hervorging, am 5. Juni 2013 erneut zum Premierminister gewählt. Nawaz Sharif war zuvor bereits zweimal Premierminister von Pakistan, von 1990-93 sowie von 1997-99. 1999 wurde er durch Musharraf's Militär-Coup gestürzt und musste ins Exil nach Saudi-Arabien

gehen. Wie Benazir Bhutto und Asif Zardari, kehrte auch er für die Wahlen in 2008 zurück und führte die PML-N als zweitstärkste Kraft und Opposition in die Legislaturperiode 2008-13.

Mamnoon Hussain, PML-N Politiker seit den 60er Jahren und Textilkaufmann, wurde mit großer Mehrheit als der neue Präsident der islamischen Republik Pakistans im Juni 2013 gewählt. Am 9.

September 2013 legte er offiziell als der 12. Präsident seinen Eid ab; zuvor hatte er seine Parteimitgliedschaft abgegeben. Er ist Nachfolger des umstrittenen Politikers Asif Ali Zardari, Witwer von Benazir Bhutto und Ko-Vorsitzender der PPP, der sein Amt nach fünf Jahren abgelegt hat. Mamnoon ist bekannt für seine Loyalität gegenüber Nawaz Sharif. 1999 war er kurzzeitig Gouverneur von Sindh, seine Amtsperiode wurde aber durch den Militärputsch Musharrafs unterbrochen.

Richter Gulzar Ahmed ist seit dem 21. Dezember 2019 oberster Richter (Chief Justice) des Höchsten Gerichts (Supreme Court) in Pakistan. Er wird diese Position bis zum 1. Februar 2022 innehaben.

General Raheel Sharif ist neuer oberster Befehlshaber der pakistanischen Armee seit der offiziellen Übergabezeremonie am 29. November 2013. Er wurde von Nawaz Sharif ausgewählt, da er einerseits viel Erfahrung in der Leitung der Infanterie und im Kampf gegen die Taliban hat sowie den strategischen Konflikt mit Indien berücksichtigt. General Raheel Sharif wird als moderat angesehen. Es wird erwartet und erhofft, dass dieser die Politik seines Amtsvorgängers General Kiyani weiterführt. Kiyani hat sich durch seine Politik der Nicht-Intervention in die parlamentarische Politik einen Namen gemacht, auch wenn das Militär in Pakistan weiterhin ein bedeutsamer politischer Akteur ist.

# Wahlen 2018

Die Parlamentswahlen in Pakistan fanden am 25. Juli 2018 statt. Knapp 106 Millionen Wahlberechtigte, bei rund 200 Millionen Einwohnern, waren zur Wahl ihrer Abgeordneten in die Nationalversammlung Pakistans aufgerufen. Pakistan Tehreek-e Insaf (PTI) gewann die meisten Stimmen auf der nationalen Ebene. Auf Provinzebene erhielt die PTI die meisten Stimmen im Punjab und bliebe stärkste Kraft in Khyber Pakthunkhwa. Die Pakistan Peoples Party (PPP) konnte ihre Position in der Provinz Sindh verteidigen, und die neu formierte Balochistan Awami Party (BAP) wurde stärkste Kraft in der Provinz Balochistan. Die Election Commission of Pakistan (ECP) bezeichnete die Wahlen als frei und fair. Internationale Wahlbeobachter und –Kommissionen konnten keine größeren Verstöße beobachten und sprachen von weitgehend transparenten Abläufen.

Im Zuge der Regierungsbildung im August 2018 sprach die PTI mehrere kleinere Parteien an, um mit ihnen gemeinsam die neue Regierung aufzubauen. Dazu gehören die Muttahida Qaumi Movement, Pakistan Muslim League (Q), Balochistan Awami Party, Grand Democratic Alliance, Awami Muslim League, und 13 unabhängige Kandidaten. Die Parteien Pakistan Muslim League (N), Pakistan Peoples Party, Muttahida Majlis-e Amal, und Awami National Party, haben sich zur „Grand Opposition Alliance“ zusammengeschlossen.

Imran Ahmed Khan Niazi wurde zum neuen Premierminister Pakistans gewählt. Der ehemalige Cricket-Superstar und Führer der PTI ist angetreten, um grundlegende Veränderungen in Pakistan zu bewirken und „ein neues Pakistan“ zu schaffen. Die Bekämpfung der Korruption und Verbesserung sozialer Bedingungen für die Bevölkerung stehen ganz oben auf seiner Agenda. Imran Khan sagte nach der Wahl, er wolle das Land so regieren, wie es bisher noch nie regiert worden sei. Er will einen muslimischen Sozialstaat aufbauen, der der armen

Bevölkerung Bildung und Arbeitsplätze bieten soll. Auch möchte Khan die Beziehungen des Landes mit Afghanistan, Indien und den USA verbessern. Die internationalen Beziehungen wolle er auf der Grundlage von Respekt und Gleichberechtigung aufbauen.

Pakistan wurde über weite Strecken seiner jüngeren Geschichte von Militärdiktaturen regiert. Abbasi sprach angesichts der Ernennung von Mulk zum Übergangs-Regierungschef von einem «wichtigen Tag in der demokratischen Geschichte Pakistans». Mulk war lange Richter am Obersten Gericht des Landes und im letzten Amtsjahr bis Sommer 2015 auch oberster Richter. Er war von Beobachtern der Justiz als relativ neutral eingeschätzt worden.

Die Wahlen 2018 galten für Pakistan als besonders entscheidend, da sich das Land mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert sieht, insbesondere im Hinblick auf seine Sicherheitsinteressen. Die USA sind seit Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump hart mit Pakistan ins Gericht gegangen. Sie verurteilen Pakistans Unvermögen, die terroristischen Netzwerke in der Region effektiv zu bekämpfen. Anfang 2018 stellte Washington die finanzielle Unterstützung für Pakistans Sicherheitskräfte ein.

2013 und 2018 ist es Pakistan nun gelungen, die Macht von einer zivilen Regierung auf eine andere übergehen zu lassen. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass das Land die Geschichte der stetigen Militärputsche hinter sich gelassen hat und auf den Weg zur Demokratisierung eingeschwenkt ist. Die Art und Weise, auf die der ehemalige Premier Sharif aus dem Amt gedrängt wurde, nährt aber den Verdacht, dass das Militär hinter der Amtsenthebung stand. Sharif, der bereits drei Mal Premierminister des Landes war, musste wegen Korruptionsvorwürfen, in die Mitglieder seiner Familie verwickelt waren, zurücktreten. Viele glauben allerdings, dass der wahre Grund für den Sturz seine Bereitschaft war das Militär herauszufordern, um es einer zivilen Kontrolle zu

unterstellen.

Der ehemalige pakistanische Regierungschef Nawaz Sharif darf in Zukunft keine politischen Funktionen mehr ausüben. Das oberste Gericht des muslimischen Landes verkündete eine lebenslange Politiksperr, wie ein Sprecher bestätigte. Sharif, der dreimal Ministerpräsident war, wurde im Juli 2017 entmachtet, nachdem die Opposition ihn und seine Familie der Geldwäsche beschuldigt hatte. Oppositionspolitiker stützten ihre Vorwürfe auch auf Dokumente, die 2016 im Zuge der Panama-Papers-Enthüllungen über mutmaßlichen Steuerbetrug aufgetaucht waren. Im Februar musste Sharif nach dem Willen des Obersten Gerichtshof Pakistans auch noch den Posten als Vorsitzender der von ihm selbst gegründeten Partei Pakistan Muslim League (PML) aufgeben. Das Gericht erklärte auch alle Entscheidungen, die Sharif seit Juli 2017 als PML-Chef gefällt hatte, für null und nichtig. Der Beschluss führte dazu, dass die größte Partei des Landes an der Senatswahl Anfang März nur unter erschwerten Bedingungen teilnehmen konnte: Die Bewerber aus den Reihen der PML mussten als Unabhängige antreten. Der erfolgreiche Sturz Sharifs zeige, wie weit der Einfluss des Militärs in die Institutionen des Landes reiche. Die Generäle müssten nicht mehr putschen oder das Kriegsrecht verhängen, um ihre Ziele zu erreichen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die anstehenden Wahlen frei und fair sein können.

Letzter Höhepunkt in dem Konflikt zwischen der bisher dominierenden Partei PML-N und dem einflussreichen Militär war die Aussage des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif, dass Pakistan 2008 an den Terrorangriffen auf die indische Stadt Mumbai beteiligt gewesen sei. Bei der Anschlagsserie gab es 174 Tote und mindestens 239 Verletzte. Mit Sharifs Aussage haben sich die ohnehin stark belasteten Beziehung zwischen ziviler Regierung und dem Militär weiter verschlechtert. Dem Militär nahestehende Politiker und Fernsehkommentator fordern, den ehemaligen Premier wegen Verrat anzuklagen. «Sharif sollte nach Artikel 6 angeklagt werden», sagte auch der

Oppositionsführer Imran Khan. Artikel 6 der pakistanischen Verfassung sieht für Verrat die Todesstrafe vor. Trotz der massiven Kritik bleibt Sharif bisher bei seiner Aussage.

Der Fall zeigt, wie tief der Graben und das Misstrauen zwischen der demokratisch gewählten zivilen Regierung und der Armee ist. Besonders in unruhigen Regionen des Landes, wie z.B. in der Hafen- Metropole Karachi oder der Provinz Beluchistan, erhöhten die Wahlen die politischen Spannungen. Vor den Wahlen wurde eine mögliche Koalition zwischen der Bhutto-Partei Pakistan Peoples Party (PPP) und Imran Khans PTI nicht ausgeschlossen. Auch die Parteien mit religiösem Hintergrund, zu denen die Jamiat-e Islami (JI) gehört, stellten sich zu den Wahlen auf und versuchten, ihre politische Effizienz zu demonstrieren.

Wie auch vor den Wahlen 2013 wurden die Vorbereitungen der Wahlen 2018 u.a. dominiert vom sogenannten «Imran Khan Phänomen». Imran Khan, Cricketstarlegende und charismatischer Anführer der Pakistan-Tehreek-e-Insaaf (PTI) Partei («Bewegung für Gerechtigkeit»), konnte bei den letzten Wahlen für sich das junge Wählerpotenzial (47% von 83 Millionen WählerInnen sind zwischen 18 und 35 Jahren) zu einem maßgeblichen Anteil mobilisieren. PTI wurde drittstärkste Partei (nach PPP als zweitstärkste Partei) im Parlament und konnte in der Khyber Pakhtunkhwa-Provinz die Regierungskoalition mit der islamistischen Jamaat-e-Islami (JI) bilden.

Die Wahlen in 2008 hatte er noch boykottiert und konnte u.a. aufgrund seiner durchgehenden Unterstützung der Richterbewegung an politischer Popularität gewinnen. Imran Khan fokussiert sich auf Themen wie Gerechtigkeit und Korruption.

Das pakistanische Parteiensystem ist pluralistisch ausgeprägt, und die Entstehung der jeweiligen politischen Parteien ist auf verschiedene historische Ereignisse und politische Figuren zurückzuführen. Im Hinblick auf islamistische Parteien, ihre

Entstehung und Verbindungen gibt Thomas Guglers Artikel zu Populärislamismus Auskunft.

Am 10. Juli 2018 fand ein Anschlag auf eine Wahlkampfveranstaltung der Awami National Party (ANP) in Peshawar statt. 20 Menschen fielen diesem Anschlag zum Opfer, darunter der prominente ANP- Politiker Haroon Bilour. Der Führer der AP, Asfandyar Wali, teilte der Presse mit, dass die ANP trotzdem bei den Wahlen antreten wird.

Die Texte stammen von Susanne Thiel. Sie ist seit den 1990er Jahren im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit tätig. Die GIZ und der Autorin ist informiert worden, dass die Infos auf meiner touristischen Länderseite zu Pakistan veröffentlicht werden.